

# PRESSEMITTEILUNG

29.01.2018

## IGS SÜDSTADT: SCHERBENHAUFEN IST HAUSGEMACHT

### CDU sieht Verantwortung bei Oberbürgermeister Schostok

„Der vom Gericht gestoppte Ausbau der IGS Südstadt ist eine bildungspolitische Katastrophe und hätte verhindert werden können,“ kommentiert **Felix Blaschzyk**, baupolitischer Sprecher der **CDU**-Ratsfraktion und ergänzt: „Wie kann es sein, dass bei einem 32 Millionen Euro Projekt vorher niemand von den Verantwortlichen den aktuell gültigen Bebauungsplan überprüft? Dieser stammt aus den 70er Jahren und sieht weder Flächen für einen Erweiterungsbau, noch für eine KiTa vor. Wenn in einem Allgemeinen Wohngebiet neben dem Wohnen weitere Nutzungsarten zulässig sein sollen, muss dies im Bebauungsplan jedoch ausdrücklich geregelt werden.“

**Blaschzyk** weiter: „Bereits bei einem kurzen Blick in den Bebauungsplan wird deutlich, dass der geplante Ausbau der IGS Südstadt mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mit dem geltenden Baurecht vereinbar ist. Wer nun das Urteil als weltfremd bezeichnet, macht es sich sehr einfach und will vom einigen Versagen der Stadtspitze ablenken. Vielmehr ist der Scherbenhaufen hausgemacht und offenbart ein grundsätzliches Problem. Zahlreiche der geltenden Bebauungspläne stammen aus den 1960er und 1970er Jahren und sind schon lange nicht mehr zeitgemäß. Auf dieses Problem hat die CDU bereits im Jahr 2014 hingewiesen und Anpassungen gefordert.“

„Bei so großer Nachlässigkeit machen wir uns großen Sorgen, dass nicht das komplette so dringend benötigte Investitionsprogramm für unsere Schulen an die Wand gefahren wird. Wir haben große Zweifel, ob das Investitionsprogramm von Oberbürgermeister Schostok mit der gebotenen Professionalität durchgeführt wird. Sämtliche Maßnahmen gehören daher dringend auf den Prüfstand, um weitere ärgerliche Pannen zu vermeiden, so **Dr. Stefanie Matz**, schulpolitische Sprecherin der **CDU**-Ratsfraktion.

„Der Bebauungsplan für die IGS Südstadt muss nun so schnell wie möglich überarbeitet werden. Die CDU sichert hierbei Unterstützung zu. Schulen und KiTas gehören in Wohngebiete und nicht an den Stadtrand oder in Gewerbegebiete,“ kommentiert **Dr. Matz** abschließend.

Kontakt: Felix Blaschzyk, bau- und verkehrspolitischer  
Sprecher der CDU-Ratsfraktion, Tel.: 0151-70005080

Kontakt: Dr. Stefanie Matz, schulpolitische Sprecherin  
der CDU-Ratsfraktion, Tel.: 0162 – 10 18 446



**CDU** RATSFRAKTION  
HANNOVER